

# Solidarität statt Größenwahn



## Für ein anderes Düsseldorf

Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2014

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Düsseldorf

## Impressum

**DIE LINKE. Kreisverband Düsseldorf**

Corneliusstr. 108

40225 Düsseldorf

Telefon: 0211 – 933 60 81

[kontakt@die-linke-duesseldorf.de](mailto:kontakt@die-linke-duesseldorf.de)

[www.die-linke-duesseldorf.de](http://www.die-linke-duesseldorf.de)

Auflage: 1.000

Druck: Tiamat Düsseldorf

V.i.S.d.P.: Christian Jäger

Erscheinungsdatum: März 2014

Fotos: Seite 22: Piqs/Joel Bombardier, Seite 25: dielinke\_nrw, Seite 26: Die-Linke Sachsen,  
alle anderen Fotos: DIE LINKE Düsseldorf

# Liebe Düsseldorferinnen, liebe Düsseldorfer,

DIE LINKE Düsseldorf legt mit diesem Wahlprogramm einen Gegenentwurf für ein Düsseldorf jenseits der Schickeria und Profitinteressen vor – einen entschiedenen linken Politikentwurf für die nächsten sechs Jahre. DIE LINKE hat einen grundlegend anderen Politikansatz als die anderen Parteien – sie versteht sich als ein Teil der vielfältigen Bewegungen von Menschen, die soziale Gerechtigkeit und Mitsprache für alle wollen.

DIE LINKE setzt immer auf die direkte Beteiligung der Betroffenen – Politik von unten nach oben. Auch viele Menschen in Düsseldorf leiden unter den Auswirkungen der kapitalistischen Krise. DIE LINKE wird auf örtlicher Ebene dazu beitragen, dass soziale Gerechtigkeit und Solidarität und nicht Profitinteressen Maßstab des politischen Handelns sind. Vor Ort wollen wir damit einen konkreten Beitrag zur Erreichung einer demokratischen sozialistischen Gesellschaft leisten, in welcher Menschen für ihre Arbeit einen angemessenen Gegenwert erhalten, in sozialer Sicherheit leben können und frei, gleichberechtigt und gemeinsam über ihr Schicksal bestimmen.

## EU-Armutdefinition von 1984 :

„Als verarmt sind jene Einzelpersonen, Familien und Personengruppen anzusehen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar sind.“

Im wohlhabenden Düsseldorf sind danach derzeit 17,6% der Einwohnerinnen und Einwohner arm.



*Die Spitzenkandidaten der Fraktion DIE LINKE für den Stadtrat: Angelika Kraft-Dlangamandla (ganz li.) und Lutz Pfundner (ganz re.) sowie die Düsseldorfer Bundestagsabgeordnete Sahra Wagenknecht und der Oberbürgermeister-Kandidat Helmut Born.*

Linke Politik für Düsseldorf ist dringend nötig, denn in unserer Stadt geht die Schere zwischen maßlosem Reichtum und wachsender Armut besonders weit auseinander. Dies ist in erster Linie der Agendapolitik der letzten zehn Jahre zu verdanken, die von SPD und Grünen initiiert und von CDU und FDP fortgeführt wurde. Sie führt zu Billig-Jobs, von denen die Menschen nicht leben kön-

nen, zu arbeitenden Armen; sie macht aus Menschen nach 12 Monaten Erwerbslosigkeit Almosenempfänger. Um Hartz IV zu beziehen, müssen sie ihre finanzielle Situation offenlegen; sie werden oft mit Leistungskürzungen sanktioniert und schikaniert. Wir müssen uns gemeinsam wehren, um ein lebenswertes Leben für alle zu ermöglichen.

Die Wohnungsnot nimmt zu, da bezahlbarer Wohnraum fehlt. Währenddessen investiert die von CDU und FDP dominierte Stadt hunderte Millionen Euro in teure Prestigeprojekte wie Kö-Bogen und Wehrhahnlinie. Dies soll nach dem Willen von CDU und FDP so weitergehen.

Den rückwärtsgewandten Konzepten der CDU/FDP und den unglaublichen Versprechen der SPD/DIE GRÜNEN setzt DIE LINKE ein Konzept des UmFAIRteilens entgegen – ein durchdachtes und realistisches Konzept, um das Leben der Menschen zu verbessern. Ein Konzept für ein Düsseldorf mit weniger Prunk und mehr Lebensqualität.

Das Geld regiert in Düsseldorf nur allzu offensichtlich. Die herrschende Politik begünstigt die Interessen der 378 Einkommensmillionäre, der Großunternehmen und der Immobilienspekulanten. Die Düsseldorfer Stadtverwaltung und die Mehrheit im Stadtrat sehen sich in geradezu wahnhafter Eitelkeit in Konkurrenz zu Metropolen wie New York, London und Paris. Diese Stadtspitze möchte die Wohlhabenden um sich versammeln. Dementsprechend geben sie das Geld der Düsseldorfer Steuerzahlerinnen und Steu-



*DIE LINKE in Düsseldorf setzt sich nicht nur im Rat für die Interessen der BürgerInnen ein, sondern auch auf der Strasse bei Demonstrationen und Aktionen zusammen mit anderen Initiativen und Organisationen.*

erzahler aus: Für milliardenschwere Großprojekte wie den Kö-Bogen und die U 81, für mediale Spektakel wie die Bambi-Verleihung oder den Eurovision Song Contest.

Diese Stadtspitze möchte die Struktur der Bevölkerung verändern. Bevorzugt sind Menschen mit hohem Einkommen.

Dadurch wird für Düsseldorferinnen und Düsseldorfer mit normalem oder geringem Einkommen die Stadt zu teuer. Sie müssen zunehmend in die umliegenden Städte und Gemeinden ausweichen, während Konzernen mit Gewerbesteuererleichterungen von über 30 % Geld hinterher geworfen wurde. Dadurch verliert die Stadt jedes Jahr Einnahmen in Millionenhöhe. Zugleich gibt sie riesige Summen für einzelne Großprojekte aus und weitere zig Millionen Euro Jahr für Jahr, um all dies zu unterhalten. Dieses Geld fehlt in der kommunalen Kasse für die Erfüllung normaler städtischer Aufgaben und bringt die Stadt an die Grenze ihrer Finanzkraft, während die vermeintliche Schuldenfreiheit der Stadt nicht existiert.

CDU und FDP wollen das Geld über Gebührenerhöhungen von den Einwohnerinnen und Einwohnern holen und sich gleichzeitig bei der Erfüllung städtischer Aufgaben aus der Verantwortung stehlen. Die Forderung der LINKEN ist: Schluss mit einer Politik für Schickeria und Konzerne. Städtische Politik muss den Interessen aller Einwohnerinnen und Einwohner dienen.

Wie wir das machen wollen, erklären wir im folgenden Teil des Wahlkampfprogramms der LINKEN Düsseldorf.

### **Unsere Forderungen:**

- Sichere unbefristete Arbeit, von der die Menschen leben können
- Recht auf bezahlbaren Wohnraum
- Gesundheit darf nicht wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden
- Kostenlose Bildung für alle von jung bis alt
- fahrscheinloser öffentlicher Personen-Nahverkehr
- Ausbau eines sicheren, zusammenhängenden Radwegenetzes
- Sport und Kultur für alle zugänglich
- Öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle statt Privatisierung
- Keine Gebührenerhöhungen für Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge
- gegen die Hartz-Gesetze und - solange sie noch in Kraft sind - die Abwehr ihrer unsozialen Folgen
- die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe für alle, die in Düsseldorf leben
- Politische Mitwirkung von außerparlamentarischen Initiativen und Organisationen

## Düsseldorf umFAIRteilen

DIE LINKE hat als einzige Partei in Düsseldorf ein durchgerechnetes, umfassendes Konzept für eine gerechtere und sozialere Stadt.

Grundvoraussetzung ist, dass städtische Gelder nicht mehr für protzige Einzelprojekte verschwendet werden, für luxuriöse und ausgefallene Touristenattraktionen wie überdachte Promenaden und aberwitzige Geschenke an die Business-Schickeria wie eine nur saisonal betriebene U81-Bahnlinie zwischen Messe und Flughafen.

Die Gewerbesteuer ist die größte eigene Einnahmequelle der Städte. Die Gewerbesteuer wird ausschließlich auf den Gewinn von Unternehmen erhoben. Es handelt sich um eine kommunale Steuer, die zu hundert Prozent an die Stadt abgeführt wird. Durch eine Steuerreform seitens der Bundesregierung und die gleichzeitige Herabsetzung des sogenannten Hebesatzes durch die Stadt zahlen Unternehmen in

Düsseldorf seit 2008 über 30 % weniger Steuern auf ihre Gewinne. Bei einer Erhöhung des Hebesatzes um 10 % würde die Stadt ca. 90 Millionen Euro Mehreinnahmen pro Jahr erhalten. Diese Erhöhung würde in erster Linie von florierenden Großunternehmen getragen, da kleine Gewerbetreibende und Dienstleister die Gewerbesteuer mit der Einkommenssteuer verrechnen können. Auch bei einer Erhöhung des Hebesatzes von 10 % wäre die zu zahlende Gewerbesteuer noch weit unter der Größenordnung von vor 2008. In vergleichbaren Städten in NRW liegen die Hebesätze zwischen 9 und 11 % höher als in Düsseldorf.

- Teilweise Rücknahme der 30-prozentigen Gewerbesteuerensenkung von 2008: Eine Anhebung um 10% bringt 90 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich in die Stadtkasse
- Jeder zusätzlich eingestellte Steuerprüfer bringt je 1 Million zusätzliche Einnahmen für die Stadt
- Verzicht auf millionenschwere Prestigeobjekte und -events

Eine weitere Option für Mehreinnahmen besteht in der Einstellung von Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfern. Mit diesen hat die Stadt die gesetzliche Möglichkeit, das Finanzamt bei der Festsetzung der Gewerbesteuer zu unterstützen. Andere Städte haben die Erfahrung gemacht, dass mit einem solchen Einsatz pro BetriebsprüferIn ca. 1,0 Million Euro zusätzliche Einnahmen an sonst hinterzogenen Abgaben und Steuern erzielt werden können.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass diese Möglichkeiten, zusätzliche Einnahmen zu erzielen, konsequent umgesetzt werden. So wird durch eine Umverteilung der überflüssigen Geschenke an gewinnträchtige Unternehmen und Reiche eine soziale Politik für die Mehrheit der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer ermöglicht.

## Wem gehört die Stadt?

DIE LINKE spricht als einzige Düsseldorfer Partei klar aus: Düsseldorf ist eine Stadt der extremen Gegensätze zwischen Arm und Reich – Nobel-Shoppingmeilen und Luxusapartments stehen Wuchermieten und mangelhafte Infrastruktur in immer mehr Stadtvierteln gegenüber.

Das Problem ist hausgemacht: Durch die Politik der schwarz-gelben Mehrheit und ihrer Oberbürgermeister wurde Wohnraum verknappt. Wer angesichts der steigenden Mieten keine Wohnung in Düsseldorf mehr findet, dem rät der Oberbürgermeister, ins Umland zu ziehen. Menschen, die nicht in das Nobel-Image der Stadt passen, sollen also möglichst gehen oder zumindest unsichtbar bleiben: zum Beispiel Geringverdienende, Erwerbslose, SozialleistungsempfängerInnen, Wohnungslose, Obdachlose, Flüchtlinge. Zugleich soll durch diese Verdrängungspolitik auch künftig eine bürgerliche Ratsmehrheit CDU/FDP gesichert werden.

Mit der Entrechtung und Vernachlässigung dieser Menschen muss jetzt Schluss sein: DIE LINKE tritt für die Schaffung guter Lebensbedingungen in der ganzen Stadt ein. Unsere Stadt gehört allen Einwohnerinnen und Einwohnern gleichermaßen!



Die Grundvoraussetzung dafür ist, in der eigenen Stadt anständig wohnen und sich frei bewegen zu können – und das könnte Düsseldorf für seine Einwohnerinnen und Einwohner leisten. Darum bilden Wohnungspolitik und Verkehrspolitik Schwerpunkte des Kommunalwahlprogramms der LINKEN Düsseldorf.

Auch in anderen Lebensbereichen muss die Stadt dazu beitragen, dass das Leben in Düsseldorf bezahlbar bleibt und Wohlstand für die ganze Bevölkerung entstehen kann,

Menschenrechte gewahrt bleiben, städtische Angebote auf alle ausgerichtet sind und nicht nur auf eine kleine Elite.

## Wohnen ist Menschenrecht

Wohnungspolitik und Stadtplanung bestimmen die Lebensqualität der Menschen: Verkehr, Umwelt, das soziale Umfeld, Bildung, Kultur, Sport, Arbeitsplätze und Wirtschaftsansiedlungen sind davon betroffen. Hier werden die Weichen dafür gestellt, ob das Profitstreben weniger oder aber soziale Teilhabe aller das Leben einer Stadt bestimmen. Dazu ist eine Grundvoraussetzung die Versorgung mit preiswertem und intaktem Wohnraum. Sie ist Daseinsvorsorge und damit auch Aufgabe der Stadt.

Tatsache ist, dass laut Stadtverwaltung seit dem Jahr 2007 jedes Jahr 2.000 Wohnungen hätten neu gebaut werden müssen, um die steigende Nachfrage zu befriedigen. Bis 2011 sind allerdings jährlich weniger als 1.000 Wohnungen neu entstanden. Diese Wohnungs-  
verknappung und der Umstand, dass in erster Linie teure Wohnungen gebaut werden,

haben dazu geführt, dass die Mieten in Düsseldorf extrem angestiegen sind und weiter steigen werden.

- Bau städtischer Wohnungen für den eigenen Bestand im Umfang von mindestens 20 Millionen Euro pro Jahr
- Mindestens 300 Sozialwohnungen pro Jahr muss die Stadt für den eigenen Bestand bauen
- Bei Bauprojekten in den kommenden Jahren müssen 50% der Wohnungen als Sozialwohnungen ausgewiesen werden
- Kein Verkauf städtischer Grundstücke – Überlassung nur in Erbpacht
- Die Ausschreibungsverfahren von Bauprojekten müssen transparent und nachvollziehbar sein
- Mieteinnahmen der Städtischen Wohnungsgesellschaft Düsseldorf (SWD) in den Erhalt und die Renovierung des Bestands investieren
- Spekulativer Wohnungsleerstand mit Strafzahlungen belegen
- Mehrgenerationenprojekte fördern
- Keine Erhöhung von Abgaben, welche die Nebenkosten in die Höhe treiben könnten

Das Instrument für die Versorgung mit preiswertem Wohnraum ist der kommunale Wohnungsbau. Hier baut die Stadt selbst Wohnungen. Kommunaler Wohnungsbau dient nicht nur der Versorgung mit preiswertem Wohnraum. Zusammen mit einer sinnvollen Stadtplanung können soziale Brennpunkte vermieden und das Wohnumfeld lebenswert gestaltet werden. Durch den Bau von eigenen, preiswerten Wohnungen kann die Stadt aktiv Einfluss auf den Mietspiegel ausüben. Bei Wohnungsbau auf städtischen Grundstücken und ohne Anrechnung der Finanzierungskosten sind Netto-Mieten von unter 5.- Euro pro Quadratmeter möglich.

Statt auf eigenen Grundstücken zu bauen, verkauft die Stadt Düssel-



dorf zurzeit in erheblichem Maße Grundstücke. Das bringt zwar kurzfristig Geld in die Stadtkasse, langfristig ist dies aber kontraproduktiv, da diese Grundstücke der Stadt nicht mehr für eigene Projekte zur Verfügung stehen. Grundstücke, die zurzeit nicht von der Stadt genutzt werden, können auch durch einen Erbpachtvertrag langfristig zur Verfügung gestellt werden und bleiben trotzdem im Eigentum der Stadt.

Die Stadt Düsseldorf besitzt ca. 7.000 Wohnungen. Diese Wohnungen sind von der Städtischen Wohnungsgesellschaft Düsseldorf (SWD) gepachtet worden und werden von ihr verwaltet. Laut Pachtvertrag erhält die Stadt 42 % der Mieten, dies sind ca. 11 Millionen Euro pro Jahr. Im Gegenzug fließen nur 1,5 Millionen Euro pro Jahr an die SWD zurück, um Sanierungen durchzuführen. Diese Unterfinanzierung im Sanierungsbereich hat dazu geführt, dass mittlerweile über 250 Wohnungen leer stehen, die ohne Instandsetzung nicht mehr bewohnbar sind.

Die Rahmenbedingungen und die finanzielle Ausstattung der SWD müssen deutlich verbessert werden. Ihre Bilanzgewinne dürfen nicht in den städtischen Haushalt fließen, sondern müssen in energetische Sanierung und Neubauten reinvestiert werden. Wohnungen und Grundstücke der SWD dürfen nicht verkauft werden, sondern müssen weiterhin der kommunalen Wohnraumversorgung dienen.

Über 50 % der Düsseldorfer Haushalte haben aufgrund ihres monatlichen Einkommens Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein (WBS). Z. B. kann ein 4-Personen-Haus-



*DIE LINKE Düsseldorf bei der Demonstration „Keine Profite mit der Miete“ am 1. Oktober 2013. DIE LINKE setzt sich für eine bezahlbare Miete für alle in Düsseldorf ein.*

halt bis zu einem Brutto-Einkommen von monatlich 5.900.- Euro einen WBS beantragen.

Der Bestand an Sozialwohnungen muss ausgebaut werden. Die Förderung von Sozialwohnungen ist Landesaufgabe, die Kommunen haben dabei nur eingeschränkte Mitwirkungsmöglichkeiten. Erste Voraussetzung ist allerdings, dass der Bau von Sozialwohnungen in den Bebauungsplänen ausgewiesen wird. Diese werden von den Kommunen aufgestellt. DIE LINKE fordert darum, dass für die nächste Wahlperiode in Bebauungsplänen in Düsseldorf min. 50% der Wohnungen als Sozialwohnungen ausgewiesen werden. Um die für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Landesmittel auszuschöpfen, soll die Stadt mindestens 300 Sozialwohnungen pro Jahr für den eigenen Bestand bauen.

- Sozialwohnungen verlieren nach 12 - 15 Jahren die Mietpreisbindung. Dies hat in der Regel erhebliche Mietsteigerungen zufolge, da die Vermieter dann die gleichen Mieten wie auf dem freien Wohnungsmarkt verlangen können. Sind diese Wohnungen in städtischer Hand, haben Stadtverwaltung und Rat weiterhin die Kontrolle und können sozialverträgliche Mieten sichern.
- Deshalb will DIE LINKE so viele Sozialwohnungen wie möglich in städtischem Eigentum und bei den Bauprojekten in den nächsten Jahren 50% sozialen Wohnungsbau durchsetzen.

DIE LINKE unterstützt überall die Etablierung von Mietervollversammlungen und Mieterbeiräten, um Mieterinnen und Mietern weitgehende Mitbestimmungs- und Interventionsrechte in allen relevanten Fragen zu sichern.

Neben städtischen Wohnungen stehen auch private Wohnungen in Düsseldorf in erheblichem Umfang leer. Bei der Volkszählung von 2011 wurden zum Stichtag fast 10.000 leerstehende Wohnungen ermittelt. Über eine sogenannte Zweckentfremdungsverordnung könnte die Stadt Einfluss auf den spekulativen Leerstand nehmen. In einer solchen Verordnung kann geregelt werden, dass Eigentümer von Mietwohnungen Leerstand anzugeben haben. Bei langfristigem Leerstand können Gebühren bzw. Strafzahlungen erhoben werden. Durch solche Zahlungen wird der Anreiz zur Spekulation reduziert. Die Stadt muss alle Mittel (z. B. durch Milieuschutzsatzungen) nutzen, um die Bildung neuer Luxusghettos durch Mietpreissteigerungen zu verhindern.

In Düsseldorf sind demnächst fast 40.000 Studierende an den verschiedenen Hochschulen eingeschrieben. Diesen Studierenden stehen zu wenige Studentenwohnheimplätze zur Verfügung. In 2014 wird die neue Fachhochschule in Derendorf eingeweiht, sodass auch an diesem Standort ein weiterer Bedarf von 500 - 800 Plätzen entstehen wird. Träger soll das Studentenwerk Düsseldorf sein.

Durch die steigende Anzahl der Studierenden, die zunehmende Verknappung von Wohnraum und die ständig steigenden Mietpreise hat sich die Wohnungssituation für

die Studierenden extrem verschärft. Wir fordern die Stadt auf, preiswerten Wohnraum für Studierende zu schaffen und zu fördern, u. a. dafür zu sorgen, dass eine ausreichend große Anzahl an Studentenwohnheimplätzen geschaffen wird.

## **Daseinsvorsorge in städtische Hand – Wohnnebenkosten begrenzen**

Preiswerter Wohnraum hängt nicht nur von einer bezahlbaren Miete, sondern auch von tragbaren Nebenkosten ab. Daher macht DIE LINKE Düsseldorf sich für eine Begrenzung der Wohnnebenkosten stark. In den Wohnnebenkosten sind die Kosten für Strom, Heizung, Wasser, Abfallentsorgung und Straßenreinigung enthalten. Die Kommune legt die Gebühren, die sie selbst erhebt, fest oder genehmigt die Höhe der Gebühren, die privatisierte Unternehmen erheben dürfen.

Abfallentsorgung und Straßenreinigung in Düsseldorf werden von der privatisierten AWISTA ausgeführt. Die Kalkulation, die den Gebühren zugrunde liegt, ist nicht nachvollziehbar. Bei einer Ausführung der Leistungen durch die Stadt entfällt zumindest die Umsatzsteuer, die von der AWISTA eingerechnet werden muss. Die Gebühren könnten entsprechend gesenkt bzw. über die nächsten Jahre stabil gehalten werden.

- AWISTA rekommunalisieren
- Stadtwerke rekommunalisieren

Die Stadtwerke Düsseldorf befinden sich mehrheitlich im Besitz des Energiekonzerns EnBW. Die Gewinne in zweistelliger Millionenhöhe, die jährlich aus dem Energieverkauf erzielt werden, fließen dadurch mehrheitlich an dieses Unternehmen. EnBW möchte sich von seiner Beteiligung an den Stadtwerken Düsseldorf trennen. Eine Rück-Übertragung der Stadtwerke an die Stadt, ließe sich aus den Überschüssen finanzieren und würde langfristig zu einer Reduzierung der Energiekosten führen.

DIE LINKE Düsseldorf fordert diese Rekommunalisierung der Stadtwerke, damit allen eine Grundversorgung zu zivilen Preisen garantiert ist. Verarmten Einwohnerinnen und Einwohnern Strom und Wasser abzusperrern, ist indiskutabel – Sozialtarife für Strom und Wasser sind sofort zu verwirklichen.

## **Niemanden ausgrenzen**

Die Stadt hat die Verpflichtung, für die EinwohnerInnen zu sorgen, gerade für diejenigen, die sich selbst nicht helfen können. Die Qualität einer Stadt misst sich daran, wie gut sie die EinwohnerInnen unterstützt, die darauf angewiesen sind; nicht daran, wie viele Highlights und Luxusevents für Besserverdienende sie anbietet.

Die Stadt Düsseldorf hat die Unterbringungsmöglichkeiten für Obdachlose von 2.500 auf 500 Plätze reduziert, obwohl immer mehr Menschen ihre Wohnung verlieren. Gibt es im Winter dann keinen Platz für die Wohnungslosen, so sollen nach dem Willen der Verantwortlichen die Flüchtlinge, die Krieg und Verfolgung entkommen sind, den ‚deutschen‘ Wohnungslosen weichen, obwohl mehr als genug Wohnungen der städtischen Wohnungsgesellschaft leer stehen. Wir sagen: Düsseldorf muss sich den Kö-Bogen nicht wirklich leisten, aber es kann sich Humanität leisten. Die brutale Kälte, welche die Hartz-IV-Logik der neoliberalen Parteien dem ärmsten Fünftel der Gesellschaft entgegenbringt, führt geradewegs ins Luxusghetto, das mit privaten Wachdiensten gegen den ‚Pöbel‘ abgeschirmt wird. Solch ein Düsseldorf wollen wir nicht! Wir wollen ein Düsseldorf, das die gleichen Rechte aller Menschen achtet.

- Dauerwohnungen und Schlafstätten für obdachlose Menschen, auch für Paare, auch für Menschen mit Tieren
- Recht auf Nutzung von öffentlichen Plätzen

## **Recht auf Würde und Teilhabe für alle**

Hartz IV muss weg! Zwar sind dies Bundesgesetze, dennoch hat die Stadt Spielräume. Sie kann sich auch über die kommunalen Spitzenverbände mit Nachdruck für sozialpolitische Änderungen auf Bundesebene einsetzen.

Erwerbslose Menschen benötigen eine individuelle, sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro monatlich zum Leben. Sie benötigen finanzielle Leistungen für sich und ihre Familien, jedoch ohne unzumutbare lange Wartezeiten bei den Jobcentern. Vor allem aber müssen die demütigenden Sanktionen unverzüglich aufhören und die Bedarfsgemeinschaftsregelungen aufgehoben werden. Genauso gehören Stromsperrungen sofort gestoppt. Darüber hinaus streiten wir für die Einführung eines kostenfreien Energiegrundkontingents für alle.

- kürzere Bearbeitungszeiten aller Anträge im Jobcenter
- Schluss mit den Sanktionen
- Mietobergrenzen erhöhen
- Sozialtarif für Strom
- Keine Strom- Gas- und Wassersperrungen
- Auslegen von Erstantragsformularen
- Keine sinnlosen Bewerbungsmaßnahmen
- Besetzung des Jobcenter-Beirats mit Betroffenen

Die Zahl der Rentnerinnen und Rentner steigt. Und die realen Renten sinken. Die fatale Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik der letzten Jahre hat zu einem Elend Vieler, so auch der Rentnerinnen und Rentner geführt. Dies erzeugt natürlich auch in Düsseldorf zunehmende Altersarmut. Vor allem Rentnerinnen haben ein kärgliches Einkommen. Wir fordern eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto im Monat.



*Ein Anliegen der LINKEN ist es, Düsseldorf zu einer lebenswerten Stadt für Alle zu machen. Düsseldorf ist eine der reichsten Städte in Deutschland, der Unterschied zwischen Arm und Reich ist jedoch beträchtlich und überall zu sehen.*

Die Stadt informiert viel zu wenig über Rechte, zusätzliche Leistungen in Anspruch zu nehmen. Deshalb sollten dementsprechende Informationsbroschüren im Jobcenter und den Ämtern und Bürgerbüros ausgelegt sowie die Betroffenen auch direkt angeschrieben werden.

Auch Menschen, die nicht zu den Reichen der Stadt gehören, haben Anspruch auf Kultur und Sport. Informationen über kostenfreie Kulturangebote sollten an verschiedenen Stellen in Düsseldorf ausgelegt werden. Menschen, die von Hartz IV oder von Grundsicherung leben sowie Wohngeld bzw. Kindergeldzuschlag erhalten, sollten unaufgefordert den Düsseldorfpass zugeschickt bekommen.

DIE LINKE setzt sich im ersten Schritt für ein Sozialticket von 10 Euro ein, auch für Menschen, die Wohngeld oder Kindergeldzuschlag beziehen sowie für Rentnerinnen und Rentner. Darüber hinaus streiten wir für die Einführung eines fahrscheinlosen ÖPNV (öffentlicher Personennahverkehr).

Noch immer kämpfen Frauen um Gleichberechtigung, viele Forderungen der Frauenbewegung sind nicht erfüllt. Hinzu kommt, dass Frauenarmut immer mehr zunimmt, speziell bei alleinerziehenden und älteren Frauen. Und immer noch sind Frauen in der Stadt benachteiligt oder brauchen besondere Hilfe und Schutz. Hinzu kommt, dass die Stadt gerade bei Frauenprojekten Zuschüsse streicht oder nicht gewährt.

In der Stadt leben immer mehr Alleinerziehende, in der Mehrheit sind es Frauen, oftmals sehr junge. Hier ist besondere Hilfe zur Unterstützung vor Ort, ob finanzieller oder beratender Art oder bei der Betreuung der Kinder und im Krankheitsfall nötig.

Nach neuester Statistik wird jede dritte Frau in ihrem Leben Opfer von körperlicher oder sexueller Gewalt, wobei die Dunkelziffer noch viel höher liegen dürfte. In Frauenhäusern finden die betroffenen Frauen persönlichen Schutz und Sicherheit und gewinnen

Abstand von ihrer Bedrohungssituation. Doch die Plätze für hilfesuchende Frauen reichen nicht aus.

Aufgrund fehlender Plätze müssen an den Düsseldorfer Frauenhäusern jedes Jahr eine enorme Anzahl Schutzsuchender Frauen abgelehnt werden – allein das Frauenhaus der AWO lehnt in manchen Jahren über 200 Frauen aus Platzmangel ab.

Frauen, die entweder durch Zwang oder aus Armutgründen der Prostitution nachgehen, brauchen Hilfe und Unterstützung. Sei es für ihre Gesundheit oder auch den gewünschten Ausstieg, zum Beispiel durch Deutschunterricht und andere Schulungen.

- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit in allen städtischen Einrichtungen
- Ein zusätzliches Frauenhaus sowie die räumliche und personelle Aufstockung der vorhandenen
- Besondere Unterstützung von Frauen- und Mädchenprojekten
- Besondere Maßnahmen zur Unterstützung von Alleinerziehenden
- Hilfe für Mädchen und Frauen bei Zwangsprostitution
- Förderung von Treffpunkten für Lesben und Schwule, insbesondere der Jugendlichen

Geschlechtergerechtigkeit heißt auch, dass die Politik vor Ort Angebote für die Gleichstellung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sowie die Einrichtung von Treffpunkten für die Zielgruppen fördern und entwickeln muss.

## **Neue Wege in der Verkehrspolitik**

Ob es der Weg zum Arzt, zu einem Amt, zu Verwandten oder Freunden, zur Schule, zum Kindergarten oder zum Arbeitsplatz ist, er muss bewältigt werden. Es gehört zu den Aufgaben einer Stadt, den Menschen dies unabhängig von ihrem Geldbeutel zu ermöglichen. Mobilität ist Voraussetzung zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und gehört zur Daseinsvorsorge. Deshalb wird DIE LINKE vor Ort sich für die Verwirklichung des Grundrechts auf Mobilität für alle Menschen in Düsseldorf einsetzen.

Statt der „autogerechten Stadt“ mit ihren Staus, Abgasen, Lärm und allen weiteren Nachteilen will DIE LINKE Düsseldorf eine umweltgerechte Verkehrspolitik. Der Weg aus der umwelt- und sozialpolitischen Falle der gegenwärtigen Verkehrspolitik ist ein öffentlicher Personen-Nahverkehr (ÖPNV) für alle.

Die bisherigen verkehrspolitischen Prestigeprojekte der Stadtspitze wie das Milliardengrab Wehrhahnlinie und das Wahnwitz-Vorhaben U 81-Linie bringen den Menschen sehr wenig. Darum wollen wir eine weitere dreiviertel Milliarde für die Stadtbahn U 81 sparen und bauen mit diesem Geld lieber die Versorgung mit Bussen, Bahnen und Radwegen



*Der wohl kürzeste Radweg in Düsseldorf ist das Symbol einer autogerechten Stadt wie sie CDU/ FDP massiv ausbaut. DIE LINKE setzt sich für eine zukunftsorientierte und ökologische Verkehrsplanung ein, die den Autoverkehr zurückdrängt und Fahrradfahren und ÖPNV massiv fördert.*

dort aus, wo die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer sie wirklich brauchen: in der City und den Stadtteilen. Die Lebensqualität der Menschen wollen wir durch besseren Lärmschutz im Straßenverkehr, an Gleisen und auch und gerade an Güterbahnstrecken weiter verbessern.

DIE LINKE stellt sich der Aufweichung des Nachtflugverbots beim Düsseldorfer Flughafen entgegen. Das Recht der AnwohnerInnen und der Schutz vor ständigem Lärm muss absoluten Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben.

- Fahrscheinfreier ÖPNV (Öffentlicher Personen-Nahverkehr)
- Kombinierte Nutzung von ÖPNV und Fahrrad durch mehr Radstationen und Radsharing
- Zusammenhängendes Radwegenetz zügig ausbauen
- Umweltzone auf ganz Düsseldorf ausdehnen
- kein Neubau von Schnellstraßen im Stadtgebiet
- Bau der U 81 verhindern
- autofreie Schadowstraße
- Keine mehrstöckige Tiefgarage unter dem Martin-Luther-Platz
- Rückbau der Kaiser-/ Fischerstr. auf jeweils zwei Fahrspuren zugunsten von Fuß- und Radwegen

Perspektivisch setzt DIE LINKE Düsseldorf auf die Verwirklichung eines fahrscheinlosen ÖPNV und auf ein sicheres, zusammenhängendes Radwegenetz. Es muss mehr Platz für Fußgänger geschaffen und somit die Stadt für das Zusammenleben der Menschen attraktiver werden. Freie Fahrt mit allen öffentlichen Verkehrsmitteln in ganz Düsseldorf! Für die Finanzierung der ca. 55 Millionen Euro pro Jahr für einen fahrscheinlosen ÖPNV gibt es verschiedene Modelle.

Eines wäre die Möglichkeit der Finanzierung aus dem städtischen Etat. Ein Anderes eine Umlage auf alle EinwohnerInnen mit maximal 10 Euro pro Monat Die Stadt wird ohne Tarifdschunel oder Kontrollen für alle erlebbar!

Dieses ganzheitliche Konzept wird zu einem Rückgang des individuellen, motorisierten Verkehrs führen, zu einer wesentlichen Entlastung der Umwelt und einem Gewinn für Gesundheit und Lebensqualität aller Düsseldorferinnen und Düsseldorfer.

## **Lebensqualität in allen Stadtteilen**

Düsseldorf gliedert sich in 50 Stadtteile, die wiederum in 10 Stadtbezirke aufgeteilt sind. In der Innenstadt leben ca. fünf Prozent der Düsseldorfer Bevölkerung.

Das hindert die Ratsmehrheit von CDU/FDP nicht daran, in diesem Teil der Stadt mehr als die Hälfte aller Investitionen zu tätigen. So wurde fast eine halbe Milliarde für die Kobögen I und II ausgegeben, aber die Garather EinwohnerInnen warten beispielsweise seit Jahren auf den versprochenen Umbau des Nebenzentrums Nordwest. In den Haltestellen der Wehrhahnlinie sind millionenschwere Kulturprogramme geplant und in der Eller Aue warten die Bewohner seit Jahren auf ein Wartehäuschen an ihrer Bushaltestelle. Dies sind nur Beispiele, aber sie zeigen, für diese Ratsmehrheit sind die Interessen und Bedürfnisse der DüsseldorferInnen nicht gleich wichtig.

In vielen Stadtteilen gibt es keine Jugendzentren oder nur unzureichende, die zum Beispiel am Wochenende geschlossen sind. Spielplätze, Schwimmbäder und Freizeiteinrichtungen müssen in allen Stadtteilen für die Menschen erreichbar sein. Die Bezirkssportanlagen müssen allen kostenlos zur Verfügung stehen. In den Bezirksvertretungen werden den Kommunalpolitikern Listen von notwendigen Renovierungen und Reparaturen in den Schulen vorgelegt. Für nur einen kleinen Teil sind dann Mittel vorhanden. Da auch in den Bezirksvertretungen CDU und FDP überwiegend die Mehrheiten haben, wird diese Vorgehensweise hingenommen.

- Mehr selbstverwaltete Jugendhäuser
- Jugendfreizeiteinrichtungen in alle Stadtteile – vorhandene sanieren.  
Keine Abgabe an freie Träger

Für alle DüsseldorferInnen, egal in welchem Stadtteil sie wohnen, muss die Stadtverwaltung die notwendigen Voraussetzungen zur Daseinsvorsorge schaffen. Das Recht auf Wohnen, Bildung, Mobilität und lebenswerter Freizeitgestaltung darf nicht dadurch eingeschränkt sein, dass man nicht in der Düsseldorfer Innenstadt wohnt. Die DüsseldorferInnen müssen sich in ihren Stadtteilen wohlfühlen, ob Kleinkind oder älterer Mensch. Dementsprechend muss es genügend Angebote geben, vom unfallsicheren Spielplatz bis zu Stadtbibliotheken mit längeren Öffnungszeiten. Von sicheren Fuß- und Radwegen bis zu Bürgerhäusern als stadtteilnahe Treffpunkte. Und ein Mitspracherecht aller EinwohnerInnen bei den Planungen im Stadtteil.



Die LINKE wird sich im Rat und den Bezirksvertretungen dafür einsetzen, dass die EinwohnerInnen in den Stadtteilen und Bezirken in die Stadtplanungen besser einbezogen werden und die vorhandenen finanziellen Mittel der Stadt allen DüsseldorferInnen zugute kommen

## **Wirtschaftspolitik für Gute Arbeit statt einseitige Profitinteressen**

DIE LINKE Düsseldorf will eine Wirtschaftspolitik, die zu sicheren, gutbezahlten Arbeitsplätzen und einem Abbau der Arbeitslosigkeit führt. DIE LINKE will vor allem die öffentliche Daseinsvorsorge stärken und befürwortet als demokratische sozialistische Partei den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen. Sie fordert die Rekommunalisierung der Stadtwerke, der Netze und der privatisierten Krankenhäuser sowie Alteinrichtungen. Gesundheit ist keine Ware und darf nicht den Profitinteressen privater Krankenhauskonzerne unterworfen bleiben.

Mit Nachdruck fordert DIE LINKE die Besetzung der rund 1.000 offenen Stellen in der Düsseldorfer Stadtverwaltung.

Die Stadt Düsseldorf soll Unternehmen fördern, die weg wollen von der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und stattdessen gemeinschaftliches oder gesellschaftliches Eigentum anstreben. Dies können Genossenschaften, selbstverwaltete Betriebe oder Betriebe im Eigentum der Stadt sein.

Wir wollen auch auf kommunaler Ebene deutlich machen, dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist. DIE LINKE Düsseldorf wird weiterhin Belegschaften unterstützen, die von Arbeitsplatzabbau oder gar von Betriebsschließung bedroht sind. Genauso wie DIE LINKE immer die Kämpfe für bessere Arbeitsbedingungen unterstützen wird.

- Standortentwicklung für Erhalt und Schaffung von Industriearbeits- und -ausbildungsplätzen
- Revitalisierung von Industriebrachen (wie Demag in der Paulsmühle) durch zukunftsorientierte Nutzungskonzepte
- Unternehmen der Daseinsvorsorge rekommunalisieren
- Tariftreue Bezahlung aller Beschäftigten als Vergabekriterium für städtische Aufträge.
- Über 1.000 städtische Stellen dürfen nicht länger unbesetzt bleiben
- Keine Leiharbeit und Werkverträge in städtischen Unternehmen
- Initiierung öffentlich geförderter Beschäftigungsprojekte, zum Beispiel im Bereich Umweltschutz
- Managergehälter bei städtischen Tochtergesellschaften begrenzen
- Kein Container-Hafen in Reisholz auf Kosten der Umwelt, hoher Verkehrsbelastung und mit wenigen Arbeitsplätzen
- Konzepte der Standortentwicklung müssen Naturschutz- und Naherholungsgebiete erhalten

Städtische Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die in ihrem Betrieb die Rechte der ArbeitnehmerInnen wahren sowie sich tariftreu verhalten. Die Stadt soll sich dafür einsetzen, dass die Ausschreibungskriterien entsprechend geändert werden.

Seit dreißig Jahren konzentriert sich die Düsseldorfer Wirtschaftspolitik einseitig auf Dienstleistungen, besonders im Finanzsektor, sowie Medien und vernachlässigt das produzierende Gewerbe. So gehen unablässig Industriearbeitsplätze verloren, obwohl teilweise beste infrastrukturelle Voraussetzungen vorhanden sind.

Ein Beispiel dafür ist das beschäftigungspolitisch sinnlose Projekt eines voll automatisierten Container-Hafens in Reisholz. Hier entstehen kaum neue Arbeitsplätze. Nur der Investor profitiert. Daher lehnt DIE LINKE Düsseldorf dieses Projekt ab.

Stattdessen will DIE LINKE ein gesamtstädtisches Entwicklungskonzept, das spürbare Arbeitsplatzzuwächse bringt, ohne Naturschutz und Anwohnerinteressen aus den Augen zu verlieren.

DIE LINKE Düsseldorf unterstützt die Gewerkschaften in ihren Kämpfen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Lohnabhängigen. Darum müssen die Gewerkschaften in die städtische Wirtschaftspolitik mit eingebunden werden.

## Umweltpolitik

DIE LINKE kämpft innerhalb und außerhalb der Parlamente zusammen mit Umweltverbänden und Nachbarschaftsinitiativen für den Erhalt der Umwelt und den Schutz der Gesundheit. Unser Konzept für Düsseldorf ist ganzheitlich – Umwelt-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Sozialpolitik gehören untrennbar zusammen.



*In Anträgen im Rat, in den Ausschüssen und in den Bezirken und bei vielen Aktionen setzt sich DIE LINKE in Düsseldorf für eine umweltgerechte Politik ein. Bei der Ökologie ist noch vieles zu verbessern und zu verändern um Düsseldorf für alle lebenswerter zu machen.*

Die bisherige Politik von CDU und FDP lässt Umweltschutz immer dort scheitern, wo es um private, wirtschaftliche Interessen geht. DIE LINKE Düsseldorf will eine gesunde Umwelt für alle. Das heißt: Verschmutzungen stoppen!

Düsseldorf leidet unter starker Belastung des Grundwassers und mangelnder Qualität der Atemluft.

Düsseldorf befindet sich in einer Zone, die vom Klimawandel besonders stark betroffen ist. Innerstädtisch ist dem mit der Schaffung von Grünflächen, Parks, Gärten, bewässerten Becken, Dachbegrünung und der Renaturierung von Bächen zu begegnen.

- Reinigung des Düsseldorfer Grundwassers
- Vorsorgende Betriebskontrollen bei der Gefahrstoffverarbeitung und -lagerung
- Verursacherprinzip bei der Sanierung von Schäden
- Naturschutzgebiet Elbsee erhalten – keine Stege im See
- Keine CO-Pipeline!
- Kommunale Unterstützung von Windkraftanlagen
- Kostenlose Sammlung von Biomüll und Bau einer Vergärungsanlage
- Städtische Dächer für Bürgersolaranlagen
- Dezentrale Energieversorgung
- Städtische Brachflächen für den Anbau von Obst und Gemüse durch EinwohnerInnen

Bayer plant, tödliches Kohlenmonoxid mit einer Pipeline durch Wohngebiete zu leiten. Tausende Menschen sind in Gefahr, da bei einem Störfall das geruchlose giftige Gas im Umkreis von 1.500 Metern in geringsten Mengen tödlich wirkt. DIE LINKE kämpft hier gemeinsam mit tausenden Menschen aus zehn Gemeinden für Leben und Sicherheit der Anwohnerinnen und Anwohner.

Der geplante Ausbau des Reisholzer Hafens zu einem überregionalen Container-Drehkreuz bedroht bestehende Naturschutz- und Naherholungsgebiete. Die damit einhergehende Lärmbelastung und Luftverschmutzung würde die Lebensqualität der dort lebenden Menschen stark beeinträchtigen. Das lehnt DIE LINKE Düsseldorf ab.

## **Alle sind DüsseldorferInnen**

Interkulturelles Zusammenleben in Düsseldorf wird von der Stadtspitze gerne auf das Zusammenleben von internationalen UnternehmerInnen und Geschäftsleuten reduziert. Die Mehrheit der Migrantinnen und Migranten in Düsseldorf aber besteht nicht aus Profiteuren des globalisierten Kapitalismus. Deutlich öfter von Erwerbslosigkeit betroffen, müssen sie sich außerdem mit rassistischen und kulturalistischen Vorurteilen auseinandersetzen.

DIE LINKE setzt sich als einzige Partei konsequent für gleiche Rechte für alle MigrantInnen und ihre Vereine ein.

- Eine Erstanlaufstelle für alle ZuwanderInnen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus
- Einrichtung eines Antidiskriminierungsbüros
- Öffnung der Förderbeantragung für Projekte aller MigrantInnenvereine
- Entbürokratisierung der Förderanträge
- Berücksichtigung der Zielgruppe Flüchtlinge bei allen integrationspolitischen Maßnahmen
- Zulassung von VertreterInnen der Düsseldorfer Flüchtlingsinitiativen im Integrationsausschuss
- Keine Kollaboration der Stadt mit Abschiebebehörden
- Widerstand gegen Flughafenabschiebungen

Auch Flüchtlinge sind MigrantInnen. Sie kommen auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung und Elend nach Deutschland und finden sich hier seit der faktischen Abschaffung des Asylrechts oft über Jahrzehnte in einer unmenschlichen Lebenssituation: Jederzeit von Abschiebung bedroht und ohne ein Recht auf Teilhabe an der Gesellschaft, geschweige denn auf Mitbestimmung über ihr Schicksal. DIE LINKE sieht die Stadt

Düsseldorf in der Pflicht, die Menschenwürde auch dieser MigrantInnen zu schützen und sie gleich zu behandeln.

## **Faschismus ist keine Meinung - sondern ein Verbrechen**

Die starke – und für viele Menschen anhaltende – Verschlechterung der Lebensbedingungen der Menschen durch das kapitalistische System fördert in ganz Europa vorhandene Reflexe der Schuldzuweisung an Menschen anderer Herkunft oder Kultur.

- Umbenennung von Straßen, die nach Nationalsozialisten oder Kolonialverbrechern benannt wurden
- Förderung von antifaschistischen Veranstaltungen
- Städtisch finanzierte Veranstaltungen über die Verfolgung von Homosexuellen sowie von Sinti und Roma
- Kooperation mit Antifa, SchülerInnenvertretungen u. a. bei der Jugend- und Erwachsenenbildung
- Finanzielle Förderung von Antifa-Gruppen statt deren Kriminalisierung.
- Aufarbeitung von NS Verbrechen, die mit städtischer Beteiligung verübt wurden.

Faschistische Straftaten in Düsseldorf und NRW nehmen zu - Düsseldorf steht dabei in NRW inzwischen auf Platz 2.

Faschistische Parteien versuchen auch in Düsseldorf Fuß zu fassen. Jetzt müssen deshalb die Täter von damals, gleichermaßen wie die Täter von heute, deutlich verurteilt werden. Die historischen und aktuellen Opfer von Faschismus und Rassismus müssen gleichermaßen Achtung und, wo möglich, Hilfe erfahren.

Um der beschriebenen Ent-

wicklung in Düsseldorf entgegenzuwirken, braucht es eine entschieden antifaschistische Politik. Das bedeutet eine LINKE Politik der Gleichberechtigung aller Menschen. Der bisherige Versuch einer Anti-Extremismus-Politik ist völlig wirkungslos – so etwas wie „ein wenig faschistisch“ oder „etwas rassistisch“ gibt es nicht. Bürgerliche ‚Anständigkeit‘ und ‚rheinische Toleranz‘ standen dem Nationalsozialismus nicht im Weg.

## **Religion ist Privatsache**

In Düsseldorf leben Menschen unterschiedlicher Religionen mit Religionslosen friedlich zusammen. Das soll auch so bleiben, denn die Religion ist die persönliche Angelegenheit eines jeden Menschen. So gehören in Düsseldorf etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung einer Religionsgemeinschaft an, die knapp andere Hälfte zählt sich zu keiner Religion.

Im Jahr 2013 sind aus der Stadtkasse fast 34 Mill. Euro an die katholische und fast 31 Mill. Euro an die evangelische Kirche geflossen.

Die Schulen, Kindergärten und sonstigen sozialen Einrichtungen dieser beiden Kirchen werden bis zu 100% aus Steuermitteln finanziert. Zuschüsse an Kirchen lehnt DIE LINKE ab, weil diese auch vom andersgläubigen oder nicht gläubigen Teil der Bevölkerung mitfinanziert werden müssen. Wir wollen die Trennung von Kirche und Staat auch auf kommunaler Ebene durchsetzen.

- In kirchlichen Einrichtungen arbeitende Menschen haben nicht die gleichen Rechte wie die übrigen ArbeitnehmerInnen. Das Betriebsverfassungsgesetz gilt nicht und sie haben kein echtes Streikrecht. Darüber hinaus greifen die beiden Kirchen weit in den privaten Bereich der Beschäftigten ein. Die Gehälter der Bischöfe von etwa 8.000 Euro sowie der Erzbischöfe von etwa 12.000 Euro werden ebenfalls von den SteuerzahlerInnen bestritten.
- Alle SteuerzahlerInnen, egal ob Christen, Muslime oder Atheisten, kommen für diese Gehälter auf. In den vergangenen sechs Jahren hat die katholische Kirche über eine Immobilienfirma für 220 Millionen Euro Grundstücke und Immobilien auf der Kö und der Schadowstraße gekauft.

## **Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht**

In keinem anderen Industrieland der Welt hängt die Bildung der Kinder so stark vom Bildungsstand und vom Geldbeutel der Eltern ab wie in Deutschland. Das liegt neben anderen Ursachen vor allem auch an dem mehrgliedrigen Schulsystem, welches die SchülerInnen in verschiedene weiterführende Schulformen aussortiert und damit soziale Unterschiede verstärkt. Wir brauchen ein Bildungssystem, das darauf ausgerichtet ist, allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen unabhängig von ihren sozialen und per-

- Einrichtung einer 5. Gesamtschule
- Eine „Schule für Alle“ – Inklusion in Düsseldorf vorantreiben
- Die Kollegschulen als elementaren Bestandteil bei der Berufswahl erhalten und fördern
- Den Masterplan Schulen finanziell verdoppeln und nur für echte Sanierungen verwenden
- Die Bildungsberatung ausbauen
- Kostenfreies Mittagessen in Kitas und Ganztagschulen
- Schulbibliotheken und Selbstlernzentren der Schulen ausbauen
- Gebührenfreie VHS-Kurse für Düsselpass-BesitzerInnen
- Artikel 7 der Verfassung des Landes NRW verpflichtet zur Erziehung der Jugend zur Friedensgesinnung und Völkerverständigung. Bundeswehr-Werbeveranstaltungen für den Kriegsdienst in den Schulen widerspricht diesem Auftrag. Schulen sind ein Ort der Bildung; daher darf es keine militärpolitische Indoktrination an den Schulen geben.

sönlichen Voraussetzungen den besten Lernfortschritt zu ermöglichen.

Die integrierte Gesamtschule ist im gegliederten Schulsystem diejenige Schulform, die Kindern weitgehend durchgängig von Klasse 5 bis zum Abitur die besten Möglichkeiten bietet. Gegenüber getrennten weiterführenden Schulen erreichen wesentlich mehr SchülerInnen mit Migrationshintergrund und/oder aus sozioökonomisch belasteten Familien das Abitur oder Fachabitur.

In Düsseldorf konnte zum aktuellen Schuljahr dem Wunsch mehrerer hundert Eltern, ihre Kinder an Gesamtschulen anzumelden,

nicht entsprochen werden, da die Mehrheit im Stadtrat seit langem die Einrichtung einer weiteren Gesamtschule ablehnt. Damit stellt sich diese offen gegen den Willen der Eltern, ihren Kindern eine weiterführende Schulbildung ohne vorzeitige Festlegung des angestrebten Schulabschlusses zu ermöglichen. DIE LINKE Düsseldorf fordert deshalb zusammen mit den Eltern die Einrichtung einer weiteren Gesamtschule in Düsseldorf.



*DIE LINKE fordert seit langem eine fünfte Gesamtschule für Düsseldorf. Die Inklusion „behinderter“ Kinder in die Normalschule und deren Ausfinanzierung ist ein weiterer wesentlicher Bestandteil der Forderungen.*

Im Schulgesetz NRW ist geregelt, dass neben den Förderschulen allgemeine Schulen mit gemeinsamem Unterricht oder integrativen Lerngruppen Orte der sonderpädagogischen Förderung sind. Wir fordern auch für Düsseldorf Eine Schule für alle, die sich an den individuellen Lernbedürfnissen einzelner Schülerinnen und Schüler orientiert. Sie ist integrativ (Kinder mit und ohne Behinderungen lernen gemeinsam), barrierefrei und sozial. Sie fördert das soziale Miteinander und den Spaß am Lernen. Wir werden uns in Düsseldorf weiterhin vehement für die inhaltlichen, sachlichen und personellen Voraussetzungen für die Inklusion in allen Schulformen einsetzen.

Seit Jahren schon hat die Bundeswehr ein Rekrutierungsproblem. DIE LINKE ist dagegen, dass die Bundeswehr deswegen an Schulen um Nachwuchs wirbt, was nachweislich vor allem perspektivlose Jugendliche zum ‚Dienst an der Waffe‘ bringt. Junge Menschen hier für einen potenziellen Kriegseinsatz zu rekrutieren lehnt DIE LINKE klar ab.

## **Kultur für alle und mit allen**

Mittlerweile werden Düsseldorfs kulturelle Einrichtungen nur noch als Wirtschaftsunternehmen gesehen, die sich nach Kriterien der Gewinn- und Verlustrechnung rechtfertigen müssen. Die Unabhängigkeit und Vielfalt des Angebotes der Institute, Museen und Theater bleibt auf der Strecke – ganz zu schweigen von künstlerischer Freiheit und Kreativität.

Gerade für die freie, unabhängige Szene mit experimentellen und gesellschaftskritischen Kulturprojekten ist Düsseldorf zu teuer. Wer im Kulturbereich Arbeit findet, ist immer häufiger prekär beschäftigt.

Deshalb sagt DIE LINKE Düsseldorf: Kultur kann keine Marke sein. Sie muss Freiräume für Kreativität

- Renovierung der Kulturinstitute im Rahmen eines Masterplans Kulturbauten
- Erhalt unabhängiger kultureller Einrichtungen, die aus Initiativen »von unten in Stadtteilen« entstanden sind
- Eine stadtteilorientierte Kulturpolitik statt ‚Event-Kultur‘
- Keine weitere Privatisierung öffentlicher kultureller Einrichtungen
- Unbefristete, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im Kultursektor statt prekärer Beschäftigung
- Kostenlose städtische Räume für Projekte Düsseldorfer Kulturschaffender
- Verstärkte Förderung autonomer Kulturzentren
- Öffentlicher Raum für Kunst und Kultur muss zur Verfügung gestellt werden
- Für Kinder Projektwochen und Sonderveranstaltungen sowie ‚Kindertickets‘ für den kostenfreien Erstbesuch aller Kultureinrichtungen der Stadt
- Keine Organisation kultureller Klein- und Großveranstaltungen durch kommerzielle Agenturen
- Über Kunst im öffentlichen Raum muss von AnwohnerInnen entschieden werden

schaffen und ein Angebot für alle Menschen sein. Sie beeinflusst, wie wir kommunizieren, was und wie wir konsumieren. Darum gehören Kunst und Kultur in den öffentlichen Raum und müssen alltäglich erfahrbar werden. Die Innenstadt darf nicht länger nur als Konsummeile angesehen werden; die Ortsteile dürfen nicht zu reinen Schlaf- und Wohnstätten werden.

Auch können durch Erwerbslosigkeit und Armutsrenten längst nicht mehr alle Menschen am kulturellen Leben teilhaben. Kultur ist ein Stück Lebensqualität, das für alle Menschen gleichermaßen erreichbar und zugänglich sein muss. Kinder müssen an kulturelle Bildung herangeführt werden, unabhängig von ihrer Herkunft.

## Sport

Sportförderung darf nicht zu einem Teil der „Wirtschaftspolitik“ verkommen. Der zunehmenden Kommerzialisierung des Sports und der Elitenförderung auf Kosten des Breitensports muss entgegengewirkt werden. Wir wenden uns gegen eine Sport- und Freizeitpolitik, die Menschen mit wenig Geld von der Teilhabe am Sport ausschließt.

- Der „Masterplan Sportstätten“ (Sanierung der Sportanlagen) und der „Masterplan Schulen“ (Teil: Sanierung der Turnhallen) sowie das Sportstättenentwicklungskonzept sind weiterzuführen
- Kostenfreie Nutzung kommunaler Sportstätten, um die Sportvereine finanziell zu entlasten
- Mehr Jugend-Sportprojekte und -angebote
- Antirassistische und antifaschistische Fan-Aktivitäten müssen gefördert und weiterentwickelt werden („Fan-Projekt“)

Wir fordern die Freigabe der Bezirkssportanlagen auch für Menschen, die nicht Vereinsmitglieder sind. Ebenso fordern wir den Bau weiterer Sporthallen in den Stadtteilen, die unterversorgt sind.

Für den Breitensport sind die kommunalen Schwimmbäder wichtige Einrichtungen. Sie sind zu erhalten, die Eintrittspreise sind zu senken.



## **Liebe Düsseldorfinnen, liebe Düsseldorfer,**

das vorliegende Kommunalwahlprogramm konnte nicht jedes Thema der kommenden sechs Jahre behandeln. Für DIE LINKE wird immer entscheidend sein, ob das Leben in Düsseldorf für die Menschen verbessert wird. Deshalb werden unsere Mitglieder im Stadtrat, in den städtischen Ausschüssen und den Bezirksvertretungen immer eine Politik zusammen mit den EinwohnerInnen machen.

Wie bisher werden wir eng mit Bürgerinitiativen, Umweltverbänden, außerparlamentarischen Organisationen und den Betroffenen zusammenarbeiten und sie in die Entscheidungsprozesse einbeziehen.

In den vergangenen Jahren hat DIE LINKE Ratsfraktion viele Initiativen in den Rat und die städtischen Gremien eingebracht. Vieles davon ist nach anfänglicher Ablehnung von anderen Parteien als ihre Ideen übernommen worden. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass eine starke LINKE in der Düsseldorfer Kommunalpolitik notwendig ist.

DIE LINKE will eine lebenswerte Stadt für alle Menschen, die in Düsseldorf leben. Niemand soll ausgegrenzt werden. Nicht der Größenwahn darf die Politik bestimmen, sondern die Interessen und Bedürfnisse der Menschen in dieser Stadt.

Wir wollen auch Stimme für die Menschen sein, die sich aus Enttäuschung von der Politik verabschiedet haben.

Wenn Sie diese Ziele teilen, dann geben Sie der LINKEN Düsseldorf mit Ihrer Wahl am 25. Mai ein starkes Mandat im Rat und den Bezirksvertretungen.



**Am 25. Mai DIE LINKE wählen!**

## **Briefwahl nutzen!**

### **Nutzen Sie die Möglichkeit der Briefwahl**

Briefwahlunterlagen können Sie ungefähr ab Mitte April bequem im Internet anfordern:

[www.duesseldorf.de/wahlen/die\\_wahlen/kommunalwahl/index.shtml](http://www.duesseldorf.de/wahlen/die_wahlen/kommunalwahl/index.shtml)

Einen direkten Link werden sie dann auch auf unserer Internetseite

[www.die-linke-duesseldorf.de](http://www.die-linke-duesseldorf.de) finden.

Kein Internet? Dann rufen Sie das Wahlamt der Stadt unter 0211-899 33 17 an. Oder Sie wenden sich an DIE LINKE Düsseldorf unter 0211-933 60 81 (evtl. Nachricht auf dem Anrufbeantworter hinterlassen, wir rufen zurück).

# Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso erleben wie die Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE Düsseldorf  
Luegallee 65  
40545 Düsseldorf  
info@linksfraktion-duesseldorf.de



**100% sozial, jeden Tag  
an jedem Ort. DIE LINKE.**



**DIE LINKE. Düsseldorf**

Corneliusstr. 108

40215 Düsseldorf

Telefon: 0211 – 933 60 81

Mail: [kontakt@die-linke-duesseldorf.de](mailto:kontakt@die-linke-duesseldorf.de)

Internet: [www.die-linke-duesseldorf.de](http://www.die-linke-duesseldorf.de)